

Wirtschaftsprivatrecht Band 2

Versicherungsvertragsrecht, Wettbewerbsrecht, Internetrecht, Kartellrecht, Zivilprozessrecht

von
Prof. Dr. Shirley Aunert-Micus

1. Auflage

Wirtschaftsprivatrecht Band 2 – Aunert-Micus

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Gesamtdarstellungen – Handels- und Wirtschaftsrecht

Verlag Franz Vahlen München 2010

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4003 4

Aunert-Micus | Wirtschaftsprivatrecht Band 2

beck-shop.de

beck-shop.de

Wirtschafts- privatrecht

Band 2

Versicherungsvertragsrecht

Wettbewerbsrecht

Internetrecht

Kartellrecht

Zivilprozessrecht

beck-shop.de

Von

Dr. Shirley Aunert-Micus

Professorin an der Fachhochschule Osnabrück

 Luchterhand 2009

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-472-07576-9

beck-shop.de

www.wolterskluwer.de

www.luchterhand-fachverlag.de

Alle Rechte vorbehalten.

© 2009 Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

Luchterhand – eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Verlag und Autorin übernehmen keine Haftung für inhaltliche oder drucktechnische Fehler.

Umschlagkonzeption: Martin Busch, Grafikdesign, Fürstfeldbruck

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck und Weiterverarbeitung: Wilhelm & Adam OHG, Heusenstamm

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfreiem Papier

Vorwort

Das Lehrbuch zum Wirtschaftsprivatrecht, welches gemeinsam von 5 Professoren der Fachhochschule Osnabrück verfasst worden ist, liegt inzwischen in der 3. Auflage vor. Die 4. Auflage ist für Anfang 2010 geplant.

Während dort die wirtschaftsrelevanten Kernbereiche des BGB, des HGB und des Gesellschaftsrechts behandelt werden, geht es im vorliegenden Lehrbuch um fünf zentrale Rechtsbereiche des Wirtschaftsprivatrechts spezieller Natur, die zum notwendigen Inhalt der BA- und Master-Studiengänge mit wirtschaftsrechtlicher Ausrichtung gehören: das Versicherungsvertragsrecht, das Wettbewerbsrecht, das Internetrecht, das Kartellrecht und das Zivilprozessrecht.

Ziel dieses Buches ist, diese Rechtsbereiche in der Weise darzustellen, dass zu jedem Gebiet nicht nur die wesentlichen Inhalte der gesetzlichen Vorschriften unter Berücksichtigung von Rechtsprechung und Literatur vermittelt werden, sondern auch durch deren komplexe Behandlung zusammen in einem Werk das Erkennen von Querverbindungen zwischen den einzelnen Rechtsgebieten ermöglicht wird. Durch zusätzliche Verweise auf die wirtschaftsrechtlichen Grundlagen im Gemeinschaftswerk soll schließlich ein Gesamtüberblick über das Wirtschaftsprivatrecht erreicht werden.

Dieses Werk richtet sich an Studierende an Fachhochschulen und an Universitäten im Studiengang Wirtschaftsrecht sowie in betriebswirtschaftlichen Studiengängen mit BA- und Master-Abschluss. Den Studierenden soll durch kompakte Darstellung der grundlegenden Themenbereiche ein Basiswissen in den fünf Rechtsgebieten vermittelt werden. Durch zentrale Fragen sowie durch Fallbeispiele am Ende eines jeden Kapitels wird die Möglichkeit gegeben, den Lernerfolg zu überprüfen. Dazu wird im Rahmen der Fallbeispiele jeweils auf das zugrunde gelegte Leistungsniveau (BA- oder Masterstudiengang Wirtschaftsrecht) hingewiesen. Die höchstrichterliche Rechtsprechung wurde bis einschließlich Mai 2009 eingearbeitet.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Rechtsreferendar Friedbert Warnecke, der mich durch wissenschaftliche Recherche, insbesondere zum Kapitel Kartellrecht, unterstützt hat. Außerdem danke ich Frau Christine Jürgens, die an der Fachhochschule Osnabrück Wirtschaftsrecht (BA) studiert und Texte durchgesehen hat. Frau Rosemarie Wahl hat sich im Rahmen der Textverarbeitung in besonderer Weise um das Manuskript verdient gemacht; auch ihr gilt mein aufrichtiger Dank.

Fragen und Anregungen aus dem Leserkreis nehme ich gerne entgegen unter der Adresse:

Prof. Dr. jur. Shirley Aunert-Micus
Fachhochschule Osnabrück,
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
Postfach 1940, 49009 Osnabrück;
E-Mail: aunert@wi.fh-osnabrueck.de.

Osnabrück im Juni 2009

Shirley Aunert-Micus

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
1. Versicherungsvertragsrecht	1
1.1 Begriffsbestimmung und Rechtsgrundlagen des Versicherungs- vertragsrechts	1
1.1.1 Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	2
1.1.2 Reform des VVG	2
1.1.2.1 Wichtigste Änderungen im neuen VVG	2
1.1.2.2 Übergangsregelung	3
1.1.3 Regelungsumfang des VVG	4
1.2 Zustandekommen des Versicherungsvertrags	4
1.2.1 Vertragsschlussmodelle	5
1.2.1.1 Antragsmodell	6
1.2.1.2 Invitativmodell	7
1.2.2 Abweichung des Versicherungsscheins vom Antrag	8
1.2.3 Einbeziehung von AVB in den Versicherungsvertrag	9
1.2.4 Informationspflichten	10
1.2.4.1 Verpflichteter und Begünstigter der Informationspflicht	10
1.2.4.2 Umfang der Informationspflicht	10
1.2.4.3 Zeitliches Erfordernis hinsichtlich der Informationspflicht	11
1.2.4.4 Ausnahmen von der Informationspflicht, insbesondere Verzicht ...	11
1.2.4.5 Rechtsfolgen bei der Verletzung der Informationspflicht	12
1.2.5 Beratungs- und Dokumentationspflicht	13
1.2.5.1 Verpflichtete der Beratungs- und Dokumentationspflicht	13
1.2.5.2 Anlassbezogene Beratungspflicht	14
1.2.5.3 Umfang der Beratungspflicht	15
1.2.5.4 Zeitpunkt der Beratungspflicht	16
1.2.5.5 Dokumentationspflicht	16
1.2.5.6 Ausnahmen von der Beratungs- und Dokumentationspflicht, insbesondere Verzicht	17
1.2.5.7 Schadensersatzanspruch wegen Verletzung der Beratungs- und Dokumentationspflicht	17
1.2.6 Widerrufsrecht des Versicherungsnehmers	20
1.2.6.1 Formgerechte Widerrufserklärung	21
1.2.6.2 Einhaltung der Widerrufsfrist	21
1.2.6.3 Kein Ausschluss des Widerrufsrechts	22
1.2.6.4 Rechtsfolgen des Widerrufs	22
1.3 Versicherungsschein	26
1.3.1 Funktion des Versicherungsscheins	26
1.3.2 Sonderformen des Versicherungsscheins	27
1.3.3 Formelle, materielle und technische Vertragsdauer	27

Inhaltsverzeichnis

1.3.4	Vorwärts- und Rückwärtsversicherung, vorläufige Deckung	28
1.4	Beendigung des Versicherungsverhältnisses	30
1.4.1	Rücktritt	30
1.4.2	Kündigung	31
1.5	Versicherungsvermittler	32
1.5.1	Definition des Versicherungsvermittlers	32
1.5.2	Pflichten des Versicherungsvermittlers	33
1.5.2.1	Pflichten des Versicherungsvertreters	33
1.5.2.2	Pflichten des Versicherungsmaklers	34
1.5.3	Gesetzliche Vollmacht des Versicherungsvertreters und Kenntnis- zurechnung	35
1.5.3.1	Umfang der Vollmacht	35
1.5.3.2	Kenntniszurechnung	36
1.6	Prämienzahlungspflicht des Versicherungsnehmers	36
1.6.1	Fälligkeit der Prämie	37
1.6.2	Verletzung der Prämienzahlungspflicht	38
1.6.2.1	Verspätete Zahlung der Einmalprämie/Erstprämie	38
1.6.2.2	Verspätete Zahlung einer Folgeprämie	39
1.7	Obliegenheitsverletzung	41
1.7.1	Begriffsbestimmung	41
1.7.2	Abgrenzung von Risikoausschlüssen	41
1.7.3	Gesetzliche und vertragliche Obliegenheiten	42
1.7.4	Verletzung vertraglicher Obliegenheiten, § 28 VVG	42
1.7.4.1	Kündigungsrecht des Versicherers, § 28 I VVG	43
1.7.4.2	Leistungsfreiheit des Versicherers bei Vorsatz, § 28 II 1 VVG	44
1.7.4.3	Quotelung bei grober Fahrlässigkeit, § 28 II 2 VVG	46
1.7.5	Zurechnung fremden Verhaltens	48
1.7.6	Verletzung gesetzlicher Obliegenheiten	50
1.8	Die Leistung des Versicherers	50
1.8.1	Versichertes Interesse	51
1.8.1.1	Interessenmangel	51
1.8.1.2	Veräußerung der versicherten Sache	52
1.8.2	Versicherungsschaden, Versicherungswert, Versicherungssumme ..	52
1.8.2.1	Versicherungsschaden	52
1.8.2.2	Versicherungssumme und Versicherungswert	53
1.8.2.3	Unterversicherung, Überversicherung, Mehrfachversicherung	53
1.9	Die vom Versicherer übernommene Gefahr	54
1.9.1	Vorvertragliche Anzeigepflicht, § 19 VVG	55
1.9.1.1	Umfang der Anzeigepflicht	55
1.9.1.2	Rechtsfolgen einer Anzeigepflichtverletzung	56
1.9.2	Gefahrerhöhung	59
1.9.2.1	Begriffsbestimmung	59
1.9.2.2	Obliegenheiten des Versicherungsnehmers bei Gefahrerhöhung ...	60
1.9.2.3	Rechtsfolgen bei Gefahrerhöhung	61

1.10	Herbeiführung des Versicherungsfalls	65
1.10.1	Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalls, § 81 I VVG ...	66
1.10.1.1	Objektive Herbeiführung des Versicherungsfalls	66
1.10.1.2	Vorsatz	66
1.10.2	Grob fahrlässige Herbeiführung des Versicherungsfalls, § 81 II VVG	66
1.10.2.1	Begriffsbestimmung	66
1.10.2.2	Augenblicksversagen	67
1.10.2.3	Zurechnung des Verhaltens Dritter	68
1.11	Rettungsobliegenheit	68
1.11.1	Dauer und Inhalt der Rettungspflicht	68
1.11.2	Rechtsfolgen der Verletzung einer Rettungspflicht durch den Versicherungsnehmer	69
	Kontrollfragen und Aufgaben	70
2.	Wettbewerbsrecht	75
2.1	Begriff und Rechtsquellen	75
2.2	Überblick über das reformierte UWG	76
2.2.1	Schutzzweck des UWG	76
2.2.2	Definitionen des § 2 UWG	77
2.2.2.1	Geschäftliche Handlung, § 2 I Nr. 1 UWG	77
2.2.2.2	Marktteilnehmer, § 2 I Nr. 2 UWG	79
2.2.2.3	Mitbewerber, § 2 I Nr. 3 UWG	79
2.2.2.4	Nachricht, § 2 I Nr. 4 UWG	80
2.2.2.5	Verhaltenskodex, § 2 I Nr. 5 UWG	80
2.2.2.6	Unternehmer, § 2 I Nr. 6 UWG	81
2.2.2.7	Fachliche Sorgfalt, § 2 I Nr. 7 UWG	81
2.2.2.8	Verbraucher, § 2 II UWG	82
2.3	Verbot unlauterer geschäftlicher Handlungen gemäß § 3 UWG	82
2.3.1	Stets unzulässige geschäftliche Handlungen gemäß § 3 III UWG ..	83
2.3.1.1	Geschäftliche Handlung gegenüber Verbrauchern	84
2.3.1.2	Vorliegen eines Tatbestands des Anhangs zu § 3 III UWG	84
2.3.2	Unzulässige geschäftliche Handlungen gemäß § 3 II 1 UWG	91
2.3.2.1	Geschäftliche Handlung gegenüber Verbrauchern	92
2.3.2.2	Verstoß gegen die für den Unternehmer geltende fachliche Sorgfalt	92
2.3.2.3	Geschäftliche Relevanz bei § 3 II 1 UWG	92
2.3.2.4	Beurteilungsmaßstab des relevanten Verbrauchers gemäß § 3 II 2 und 3 UWG	93
2.3.3	Generalklausel des § 3 I UWG	94
2.3.3.1	Geschäftliche Handlung	94
2.3.3.2	Unlauterkeit der geschäftlichen Handlung	94
2.3.3.3	Eignung zur spürbaren Beeinträchtigung der Interessen von Mit- bewerbern, Verbrauchern oder sonstigen Marktteilnehmern	95
2.3.3.4	Rechtsfolgen	96

Inhaltsverzeichnis

2.4	Unlauterkeit gemäß § 4 UWG	96
2.4.1	Unlauterkeit gemäß § 4 Nr. 1 UWG – Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit	97
2.4.1.1	Ausübung von Druck	97
2.4.1.2	In menschenverachtender Weise	99
2.4.1.3	Sonstiger unangemessener unsachlicher Einfluss	100
2.4.2	Unlauterkeit gemäß § 4 Nr. 2 UWG – Ausnutzung der geschäftlichen Unerfahrenheit etc.	101
2.4.3	Unlauterkeit gemäß § 4 Nr. 3 UWG – Verschleierung des Werbecharakters	104
2.4.3.1	Verschleierung eines werblichen Kontakts	104
2.4.3.2	Vermeintlich wissenschaftliche oder fachliche Äußerung	105
2.4.3.3	Tarnung des werblichen Charakters einer Werbeschrift	106
2.4.3.4	Getarnte Werbung in den Medien	106
2.4.3.5	Unterschwellige Werbung	108
2.4.4	Unlauterkeit gemäß § 4 Nr. 4 UWG – Bedingungen für Verkaufsförderungsmaßnahmen	109
2.4.5	Unlauterkeit gemäß § 4 Nr. 5 UWG – Teilnahmebedingungen für Preisausschreiben oder Gewinnspiele mit Werbecharakter	110
2.4.6	Unlauterkeit gemäß § 4 Nr. 6 durch Kopplung eines Preisausschreibens oder Gewinnspiels mit dem Erwerb einer Ware oder Inanspruchnahme einer Dienstleistung	111
2.4.7	Unlauterkeit gemäß § 4 Nr. 7 wegen Herabsetzung oder Verunglimpfung eines Mitbewerbers.	112
2.4.8	Unlauterkeit gemäß § 4 Nr. 8 UWG wegen Anschwärzung	114
2.4.9	Unlauterkeit gemäß § 4 Nr. 9 UWG wegen Nachahmung der Waren oder Dienstleistungen eines Mitbewerbers	116
2.4.9.1	Allgemeine Voraussetzungen	116
2.4.9.2	Wettbewerbliche Eigenart	117
2.4.9.3	Anbieten einer Nachahmung	117
2.4.9.4	Vorliegen eines der Fälle des § 4 Nr. 9 a) bis c) UWG	118
2.4.9.5	Subjektive Voraussetzung	120
2.4.10	Gezielte Behinderung von Mitbewerbern gemäß § 4 Nr. 10 UWG	121
2.4.10.1	Absatzbehinderung	122
2.4.10.2	Betriebsstörung	124
2.4.10.3	Boycott	126
2.4.11	Rechtsbruch gemäß § 4 Nr. 11 UWG	127
2.4.11.1	Geschäftliche Handlung	127
2.4.11.2	Zuwiderhandlung gegen eine gesetzliche Vorschrift	127
2.4.11.3	Marktverhaltensregelungen auch im Interesse der Marktteilnehmer	128
2.4.11.4	Geschäftliche Relevanz	128
2.5	Irreführende geschäftliche Handlungen gemäß § 5 UWG	129
2.5.1	Angaben	129
2.5.2	Erscheinungsformen irreführender Angaben	130
2.5.2.1	Feststellung der maßgeblichen Verkehrskreise	131
2.5.2.2	Irreführung der relevanten Verkehrskreise	131
2.5.2.3	Geschäftliche Relevanz der Irreführung	132
2.5.3	Irreführung durch Unterlassen	132

2.5.4	Irreführungstatbestände gemäß § 5 I 2 Nr. 1–7 UWG	134
2.5.4.1	Irreführende produktbezogene Angaben gemäß § 5 I 2 Nr. 1 UWG	134
2.5.4.2	Irreführende verkaufsbezogene Angaben gemäß § 5 I 2 Nr. 2 UWG	140
2.5.4.3	Irreführende Angaben über Eigenschaften, Umfang und Bedeutung des Unternehmers gemäß § 5 I 2 Nr. 3 UWG	144
2.5.4.4	Irreführende Aussagen oder Symbole gemäß § 5 I 2 Nr. 4 UWG ..	148
2.5.4.5	Irreführende Angaben über die Notwendigkeit einer Leistung, eines Ersatzteils, eines Austauschs oder einer Reparatur gemäß § 5 I 2 Nr. 5 UWG	148
2.5.4.6	Irreführende Angaben gemäß § 5 I 2 Nr. 6 UWG	148
2.5.4.7	Irreführende Angaben über Rechte des Verbrauchers gemäß § 5 I 2 Nr. 7 UWG	149
2.5.5	Irreführung bei Verwechslungsgefahr, § 5 II UWG	149
2.6	Vergleichende Werbung gemäß § 6 UWG	149
2.6.1	Definition der vergleichenden Werbung gemäß § 6 I UWG	150
2.6.2	Unlauterkeit vergleichender Werbung gemäß § 6 II UWG	151
2.6.2.1	Unlauterkeit gemäß § 6 II Nr. 1 UWG	151
2.6.2.2	Unlauterkeit gemäß § 6 II Nr. 2 UWG	151
2.6.2.3	Unlauterkeit gemäß § 6 II Nr. 3 UWG	152
2.6.2.4	Unlauterkeit gemäß § 6 II Nr. 4 UWG	153
2.6.2.5	Unlauterkeit gemäß § 6 II Nr. 5 UWG	154
2.6.2.6	Unlauterkeit gemäß § 6 II Nr. 6 UWG	154
2.7	Unzumutbare Belästigungen gemäß § 7 UWG	155
2.7.1	Grundtatbestand des § 7 I UWG	155
2.7.1.1	Belästigung	155
2.7.1.2	Unzumutbarkeit	155
2.7.1.3	Schutz der Marktteilnehmer	156
2.7.1.4	Beispielstatbestand des § 7 I 2 UWG	156
2.7.2	Unzumutbare Belästigung gemäß § 7 II UWG	157
2.7.2.1	Werbung mit sonstigen Kommunikationsmitteln, § 7 II Nr. 1 UWG	158
2.7.2.2	Telefonwerbung gemäß § 7 II Nr. 2 UWG	160
2.7.2.3	Werbung unter Verwendung einer automatischen Anrufmaschinen, eines Faxgerätes oder elektronischer Post, § 7 II Nr. 3 und III UWG	161
2.8	Zivilrechtliche Ansprüche aufgrund unlauteren Wettbewerbs	163
2.8.1	Beseitigungsanspruch	163
2.8.1.1	Anspruchsberechtigte gemäß § 8 III UWG	163
2.8.1.2	Vornahme einer nach § 3 UWG oder § 7 UWG unzulässigen geschäftlichen Handlung	164
2.8.1.3	Zustand anhaltender Störung	164
2.8.1.4	Anspruchsgegner	164
2.8.1.5	Kein Missbrauch gemäß § 8 IV UWG	165
2.8.1.6	Rechtsfolge	165
2.8.2	Widerrufsanspruch	166
2.8.2.1	Unwahre beeinträchtigende Tatsachenbehauptungen	166
2.8.2.2	Fortbestehender rechtswidriger Störungszustand	167
2.8.2.3	Verhältnismäßigkeit	167
2.8.2.4	Inhalt des Widerrufsanspruchs	167

Inhaltsverzeichnis

2.8.3	Unterlassungsansprüche gemäß § 8 I 1, 2. Alt. UWG und § 8 I 2 UWG	168
2.8.3.1	Verletzungsunterlassungsanspruch, § 8 I 1, 2. Alt. UWG	168
2.8.3.2	Vorbeugender Unterlassungsanspruch, § 8 I 2 UWG	170
2.8.4	Schadensersatzanspruch, § 9 UWG	171
2.8.4.1	Anspruchsvoraussetzungen des § 9 S. 1 UWG	171
2.8.4.2	Presseprivileg	173
2.8.5	Gewinnabschöpfungsanspruch, § 10 UWG	174
2.8.6	Anspruch auf Erstattung der Abmahnkosten, § 12 I 2 UWG	175
2.8.7	Verjährung	176
2.8.8	Durchsetzung der Ansprüche aus dem UWG	176
2.8.8.1	Außergerichtliche Durchsetzung, § 12 I UWG	176
2.8.8.2	Gerichtliche Durchsetzung	177
2.9	Strafvorschriften	179
	Kontrollfragen und Aufgaben	180
3.	Internetrecht	185
3.1	Begriff	185
3.2	Grundzüge anwendbaren Rechts	185
3.2.1	Anwendbares Vertragsrecht im Kollisionsfall	186
3.2.2	Anwendbares Recht für außervertragliche Schuldverhältnisse im Kollisionsfall	187
3.2.2.1	Unerlaubte Handlungen	187
3.2.2.2	Verletzung von Immaterialgüterrechten	188
3.2.2.3	Verletzungshandlung durch unlauteres Wettbewerbsverhalten	188
3.3	Das Recht der Domains	189
3.3.1	Begriff und Bedeutung von Domains	189
3.3.2	Adressvergabe durch das ICANN	190
3.3.3	Adressvergabe durch die DENIC eG	191
3.3.4	Rechtlicher Schutz von Domains durch das Markengesetz	191
3.3.4.1	Domain als Marke	192
3.3.4.2	Domain als Unternehmenskennzeichen	192
3.3.4.3	Domain als Werktitel	193
3.3.4.4	Verletzung markenrechtlicher Schutzrechte	193
3.3.4.5	Schranken der markenrechtlichen Rechte	200
3.3.5	Schutz von Domains durch das UWG	201
3.3.5.1	Behinderung	201
3.3.5.2	Irreführende Werbung	202
3.3.6	Allgemeiner Namensschutz von Domains gemäß § 12 BGB	202
3.3.7	Schutz von Domains durch §§ 823, 826 BGB	204
3.3.8	Inanspruchnahme der DENIC eG bei Kennzeichenverletzung	204
3.4	Urheberrecht im Internet	205
3.4.1	Schutzfähige Werke	205

3.4.1.1	Die einzelnen Werkarten	206
3.4.1.2	Wahrnehmbare Form	208
3.4.1.3	Urheber	209
3.4.2	Leistungsschutzrechte	209
3.4.3	Inhalt der urheberrechtlichen Rechte	212
3.4.4	Folgen bei Verletzung des Urheberrechts	213
3.5	Haftung von Online-Diensten	213
3.5.1	Content-Provider	214
3.5.2	Access- und Host-Provider	214
3.6	Vertragsschluss im Internet	216
3.6.1	Allgemeine Grundsätze für das Zustandekommen von Verträgen ..	216
3.6.1.1	Angebot und Annahme	216
3.6.1.2	Wirksamwerden von Willenserklärungen	217
3.6.2	Online-Auktionen	218
3.6.2.1	Angebot und Annahme	218
3.6.2.2	Gewährleistungsausschluss	218
3.6.2.3	Widerrufsrecht	218
3.6.3	Formbeachtung bei Vertragsschluss im Internet	219
3.6.4	Allgemeine Geschäftsbedingungen bei Vertragsschluss im Internet ..	220
3.7	Datenschutzrecht	221
3.7.1	Regelungsbereiche des TMG	221
3.7.2	Regelungsbereiche des BDSG	223
3.7.2.1	Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung der Daten	223
3.7.2.2	Zulässigkeit der Verwertung personenbezogener Daten	223
	Kontrollfragen und Aufgaben	225
4.	Kartellrecht	227
4.1	Begriff und Rechtsquellen	227
4.2	Europäisches Kartellrecht	228
4.2.1	Sachlich relevanter Markt	228
4.2.2	Räumlich relevanter Markt	229
4.2.3	Zeitlich relevanter Markt	230
4.3	Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen und Verhaltensweisen, Art. 81 EGV	230
4.3.1	Voraussetzungen des Verbotstatbestands, Art. 81 I EGV	230
4.3.1.1	Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen	231
4.3.1.2	Verbotene Verhaltensweisen	231
4.3.1.3	Eignung zur Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels ...	233
4.3.1.4	Bezwecken oder Bewirken einer Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs	234
4.3.2	Rechtsfolgen	235
4.3.3	Freistellung, Art. 81 III EGV	236

Inhaltsverzeichnis

4.3.3.1	Gruppenfreistellungsverordnungen	236
4.3.3.2	Einzelfreistellungen	236
4.4	Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, Art. 82 EGV	238
4.4.1	Marktbeherrschende Stellung von Unternehmen	238
4.4.1.1	Unternehmensstruktur	238
4.4.1.2	Wettbewerbssituation auf dem relevanten Markt	239
4.4.2	Missbräuchliche Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung ..	239
4.4.2.1	Preis- und Konditionenmissbrauch, Art. 82 S. 2 a) EGV	240
4.4.2.2	Schädigung der Verbraucher, Art. 82 S. 2 b) EGV	240
4.4.2.3	Benachteiligung von Handelspartnern, Art. 82 S. 2 c) EGV	240
4.4.2.4	Koppelungen, Art. 82 S. 2 d) EGV	241
4.4.2.5	Weitere Fallgruppen	241
4.4.3	Rechtsfolgen missbräuchlicher Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung	242
4.5	Kartellverfahren gemäß VO 1/2003	242
4.6	Kontrolle von Fusionen und Unternehmenszusammenschlüssen ...	243
4.7	Deutsches Kartellrecht	244
4.7.1	Verhältnis des GWB zum europäischen Kartellrecht, § 22 GWB ...	244
4.7.2	Relevanter Markt	244
4.7.3	Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen, § 1 GWB ...	245
4.7.3.1	Unternehmen und Unternehmensvereinigungen	245
4.7.3.2	Verbotene Verhaltensweisen	246
4.7.3.3	Wettbewerbsbeschränkung	246
4.7.3.4	Spürbarkeit	246
4.7.3.5	Tatbestandsausnahmen	247
4.7.4	Freigestellte Vereinbarungen, § 2 GWB	248
4.7.5	Freistellung für Mittelstandskartelle, § 3 GWB	248
4.7.5.1	Kleinere und mittlere Unternehmen	249
4.7.5.2	Rationalisierung wirtschaftlicher Vorgänge, § 3 I GWB	249
4.7.5.3	Zwischenbetriebliche Zusammenarbeit, § 3 I GWB	249
4.7.5.4	Keine wesentliche Wettbewerbsbeeinträchtigung, § 3 I Nr. 1 GWB	249
4.7.5.5	Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Unternehmen, § 3 I Nr. 2 GWB	250
4.7.6	Preisbindung bei Zeitungen und Zeitschriften, § 30 GWB	250
4.7.7	Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 1 GWB	252
4.7.8	Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	252
4.7.8.1	Marktbeherrschende Stellung	252
4.7.8.2	Missbräuchliche Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung, § 19 I und IV GWB	256
4.7.9	Behinderungs- und Diskriminierungsverbot, § 20 GWB	260
4.7.9.1	Behinderungs- und Diskriminierungsverbot, § 20 I, II GWB	261
4.7.9.2	Passives Behinderungsverbot, § 20 III GWB	265
4.7.9.3	Verbot der Mittelstandsbehinderung, § 20 IV GWB	267
4.7.9.4	Verbot der Aufnahmeverweigerung, § 20 VI GWB	270
4.7.10	Boycottverbot und Verbot sonstigen wettbewerbsbeschränkenden Verhaltens, § 21 GWB	271

4.7.10.1	Boykottverbot	271
4.7.10.2	Verbot sonstigen wettbewerbsbeschränkenden Verhaltens, § 21 II-IV GWB	273
4.7.10.3	Kartell- und Fusionszwang, § 21 III GWB	274
4.7.10.4	Nachteilszufügung als Vergeltung für legales Verhalten, § 21 IV GWB	275
4.7.11	Fusionskontrolle, §§ 35 ff. GWB	275
4.7.11.1	Geltungsbereich der Fusionskontrolle	275
4.7.11.2	Zusammenschlusstatbestände, § 37 GWB	276
4.7.11.3	Verfahren der Fusionskontrolle, §§ 39–43 GWB	277
4.7.12	Zivilrechtliche Ansprüche bei Verstößen gegen das GWB und Art. 81 ff. EGV	278
4.7.12.1	Beseitigungsanspruch, § 33 I 1 Alt. 1 GWB	278
4.7.12.2	Unterlassungsansprüche, § 33 I 1 Alt. 2 GWB und § 33 I 2 GWB	278
4.7.12.3	Schadensersatzanspruch, § 33 III, IV GWB	280
4.7.12.4	Anspruch auf Vorteilsabschöpfung, § 34 a GWB	280
	Kontrollfragen und Aufgaben	282
5.	Zivilprozessrecht	285
5.1	Begriff und Bedeutung	285
5.2	Überblick über die Zivilgerichtsbarkeit	286
5.2.1	Ordentliche Gerichtsbarkeit	286
5.2.2	Gerichte und Spruchkörper	287
5.2.3	Instanzenzug in Zivilsachen	288
5.3	Verfahrensablauf	289
5.3.1	Überlegungen vor Klageerhebung	289
5.3.1.1	Bewertung der Erfolgsaussichten	289
5.3.1.2	Rechtsverhältnis zwischen Rechtsanwalt und Mandant	290
5.3.2	Klageerhebung	290
5.3.3	Vorbereitung des Termins zur mündlichen Verhandlung	292
5.3.4	Die mündliche Verhandlung	293
5.3.5	Das Urteil	294
5.4	Die Verfahrensgrundsätze	297
5.4.1	Dispositionsmaxime	297
5.4.2	Verhandlungsmaxime	297
5.4.3	Grundsatz des rechtlichen Gehörs	299
5.4.4	Grundsatz der Mündlichkeit	299
5.4.5	Grundsatz der Unmittelbarkeit	300
5.4.6	Grundsatz der Öffentlichkeit des Verfahrens	300
5.4.7	Beschleunigungsgrundsatz	300
5.5	Zulässigkeit der Klage	301
5.5.1	Echte Prozessvoraussetzungen	301
5.5.2	Sachurteilsvoraussetzungen	302
5.5.2.1	Ordnungsgemäße Klageerhebung	302

Inhaltsverzeichnis

5.5.2.2	Parteien	303
5.5.2.3	Gericht	305
5.5.2.4	Streitgegenstand	306
5.6	Die Klage	307
5.6.1	Klagearten	307
5.6.2	Teilklagen	308
5.6.3	Klageänderung	309
5.7	Die Verteidigung des Beklagten	310
5.8	Das Verfahren bei Säumnis	312
5.9	Prozessbeendigung durch Parteihandlungen	313
5.9.1	Klagerücknahme	313
5.9.2	Klageverzicht	313
5.9.3	Anerkenntnis	314
5.9.4	Erledigung der Hauptsache	314
5.9.5	Prozessvergleich	315
5.10	Das Beweisverfahren	316
5.10.1	Beweisarten und Beweismittel	316
5.10.2	Durchführung des Beweisverfahrens	317
5.10.3	Beweislast	318
5.11	Rechtsmittel	319
5.11.1	Allgemeine Voraussetzungen von Rechtsmitteln	319
5.11.2	Die einzelnen Rechtsmittel	320
5.11.2.1	Berufung, §§ 511 ff. ZPO	320
5.11.2.2	Revision, §§ 542 ff. ZPO	321
5.11.2.3	Beschwerde, §§ 567 ff. ZPO	321
5.12	Das Mahnverfahren	322
5.13	Die Zwangsvollstreckung	323
5.13.1	Voraussetzungen von Vollstreckungsmaßnahmen	323
5.13.1.1	Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	323
5.13.1.2	Besondere Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	324
5.13.1.3	Fehlen von Vollstreckungshindernissen	324
5.13.2	Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in bewegliche Sachen	325
5.13.3	Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in Forderungen und andere Rechte, §§ 828 bis 863 ZPO	327
5.13.4	Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das unbewegliche Vermögen des Schuldners	329
	Kontrollfragen und Aufgaben	331
	Stichwortverzeichnis	335